Herr Metz erläuterte den Antrag. Er wies auf das wichtige Signal der beabsichtigten Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) für die Haushalte der nächsten Jahre hin. Auch die CDU auf Landesebene sehe das Vorhaben positiv, allerdings sollten an anderer Stelle des Landeshaushalts Einsparungen erfolgen. Es bestehe Einvernehmen, dass die Kommunen mit zu wenig finanzieller Unterstützung des Bundes und des Landes versehen seien.

Herr Knülle ergänzte, es müsse alles unterstützt werden, was zu einer Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen führe. Mit den prognostizierten Steuereinnahmen für die öffentliche Hand müsste eine Überschuldung des Landes nicht befürchtet werden.

Herr Schell sprach sich für die CDU-Fraktion gegen den Antrag aus. Es könne nicht sein, dass Schulden nur verlagert werden. Auf Bundesebene bestehe die Gemeindefinanzkommission, die konkrete Vorschläge erarbeite. Eventuell könne hier eine strukturelle, nicht auf Schulden basierte Lösung gefunden werden. Jede Fraktion habe zudem die Möglichkeit, sich in ihren parteieigenen übergeordneten Ebenen zu artikulieren.

Vor diesem Hintergrund bat Herr Metz die CDU-Fraktion für die kommenden Haushaltsberatungen um entsprechende Einsparungsvorschläge. Dem schloss sich Herr Knülle an. Herr Waldästel ergänzte, es sei dem Wohle der Stadt dienlich, für Mehreinnahmen zu sorgen. Probleme auf anderen Ebenen müssten dabei zurückstehen.

Frau Silber-Bonz appellierte, auf eine schuldenbasierte Finanzierung zu verzichten. Herr Züll ergänzte, dass letztlich die Bürger die Schulden zu tragen hätten.

Herr Köhler hielt dem entgegen, dass eher das Land Schulden machen solle als die Stadt. Für die Landespolitik sei der Rat nicht zuständig. Die vorherige Landesregierung habe den Kommunen zudem Mittel vorenthalten, die der Bund für den Ausbau von Kindertagesstätten bereit gestellt habe.

Frau Bergmann-Gries bezweifelte, dass die u3-Betreuung in Sankt Augustin vorangetrieben werden könne, wenn erhöhte Landeszuweisungen nicht erfolgen.

Der Bürgermeister ließ über den Antrag abstimmen.